

Stadtinformation kompakt Berlin

1. Statistische Daten Berlin

Stadtwappen



© www.berlin.de

Geografische Daten

Längengrad: 13° 24' Osten

Breitengrad: 52° 31' Norden

(Stadtmittelpunkt – Berliner Rathaus)

Seehöhe: 34 Meter (Mittelwert)

Fläche: 891 Quadratkilometer

Verwaltungsstruktur

Die Berliner Verwaltung ist in Hauptverwaltung (bestehend aus zehn Senatsverwaltungen, den ihnen nachgeordneten Behörden und nicht rechtsfähigen Anstalten) und zwölf Bezirksverwaltungen gegliedert. Organe der zwölf Bezirke sind die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Bezirksamt. Sie sind, anders als Gemeinden, keine selbstständigen Gebietskörperschaften, sondern Verwaltungseinheiten.

Verwaltungseinheit: Bezirk

Anzahl gesamt: zwölf

Aufzählung der Verwaltungseinheiten: Charlottenburg–Wilmerdorf, Friedrichshain–Kreuzberg, Lichtenberg, Mitte, Marzahn–Hellersdorf, Neukölln, Pankow, Reinickendorf, Spandau, Steglitz–Zehlendorf, Tempelhof–Schöneberg, Treptow–Köpenick

Bevölkerung

Einwohner*innenzahl: 3.913.644 (31. Dezember 2025)

Quellen:

15. Juli 2026

Amt für Statistik Berlin–Brandenburg (www.statistik-berlin-brandenburg.de)

Das offizielle Hauptstadtportal (www.berlin.de)

2. Politische Daten Berlin

Aktuelle Stadtregierung

Mit Kai Wegner ist erstmals seit mehr als 20 Jahren ein CDU–Politiker zum Regierenden Bürgermeister der deutschen Bundeshauptstadt gewählt worden. Bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus Berlin gelang ihm dies jedoch erst im dritten Wahldurchgang. Seine Vorgängerin und Koalitionspartnerin aus der SPD Franziska Giffey ist nun Wirtschaftssenatorin. Der neue schwarz–rote Senat aus CDU und SPD ist weiblicher und diverser als jede Hauptstadtregierung zuvor, mit sieben Frauen und drei Männern, einer im Iran geborenen Justizsenatorin und einer Sozialsenatorin, deren Eltern aus der Türkei stammen.

Regierender Bürgermeister

Kai Wegner



© www.berlin.de

Parteizugehörigkeit: CDU

Geburtsdatum: 15. September 1972

Geburtsort: Berlin

Beginn der aktuellen Amtsperiode: 27. April 2023

Amtsperiode: erste Amtsperiode

Ausbildung: Ausbildung zum Versicherungskaufmann

Bürgermeister*innen

Diplom–Verwaltungswirtin Franziska Giffey, M.A.

Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe



© www.berlin.de

Parteizugehörigkeit: SPD

Geburtsdatum: 3. Mai 1978

Geburtsort: Frankfurt/Oder

Beginn der aktuellen Amtsperiode: 27. April 2023

Amtsperiode: zweite Amtsperiode

Ausbildung: 1998 bis 2001 Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR), 2003 bis 2005 Studium zum Master of Arts (M.A.) für Europäisches Verwaltungsmanagement an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR)

Stefan Evers

Bürgermeister und Senator für Finanzen, aktuell auch zuständig für den Geschäftsbereich Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt



© www.berlin.de

Parteizugehörigkeit: CDU

Geburtsdatum: 10. Oktober 1979

Geburtsort: Herdecke/Ruhr

Beginn der aktuellen Amtsperiode: 27. April 2023

Amtsperiode: erste Amtsperiode

Ausbildung: 1. Staatsexamen (Rechtswissenschaften, Universität Potsdam)

Senator*innen

Diplom-Volkswirtin Cansel Kiziltepe



© www.berlin.de

Ressort: Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Parteizugehörigkeit: SPD

Katharina Günther-Wünsch



© www.berlin.de

Ressort: Bildung, Jugend und Familie

Parteizugehörigkeit: CDU

Dr.ⁱⁿ Felor Badenberg



© www.berlin.de

Ressort: Justiz und Verbraucherschutz

Parteizugehörigkeit: Parteilos

Mag.^a Iris Spranger



© www.berlin.de

Ressort: Inneres und Sport

Parteizugehörigkeit: SPD

Ute Bonde



© www.berlin.de

Ressort: Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Parteizugehörigkeit: CDU

Dipl.-Ing. Christian Gaebler



© www.berlin.de

Ressort: Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Parteizugehörigkeit: SPD

Dr.ⁱⁿ Ina Czyborra



© www.berlin.de

Ressort: Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Parteizugehörigkeit: SPD

Oberste Verwaltungsstelle

Beschreibung: Die Senatskanzlei ist der Verwaltungsstab des Regierenden Bürgermeisters. Seine vielzähligen Aufgaben werden in fünf Abteilungen aufgeteilt. Florian Graf (CDU), der Chef der Senatskanzlei, im Rang eines Staatssekretärs, leitet den Verwaltungsstab. Florian Hauer (CDU) ist Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales sowie Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund. Auch die Digitalisierung der Berliner Verwaltung wird aktuell kommissarisch von Florian Hauer verantwortet. Er übernahm die Aufgaben des Chief Digital Officers, nachdem Matthias Hundt nach nur wenigen Wochen im Amt ausgeschieden war.

Florian Graf

Chef der Senatskanzlei



© www.berlin.de

Parteizugehörigkeit: CDU

Geburtsdatum: 1973

Geburtsort: Berlin

Beginn der aktuellen Amtsperiode: 28. April 2023

Amtsperiode: erste Amtsperiode

15. Juli 2026

Ausbildung: Diplom-Verwaltungswirt (FH)

Parteien im Abgeordnetenhaus Berlin

Christlich Demokratische Union Deutschlands (Landesverband Berlin)

Parteikürzel: CDU

Internationale Mitgliedschaften: Europäische Volkspartei, Christlich Demokratische Internationale, Internationale Demokratische Union



© www.cduberlin.de

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landesverband Berlin)

Parteikürzel: SPD

Internationale Mitgliedschaften: Sozialdemokratische Partei Europas, Progressive Allianz der Sozialdemokraten, Progressive Allianz



© www.spd.berlin

Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Berlin)

Parteikürzel: Grüne

Internationale Mitgliedschaften: Die Grünen/Europäische Freie Allianz



© www.gruene.berlin

DIE LINKE (Landesverband Berlin)

Parteikürzel: Linke

Internationale Mitgliedschaften: Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke



© www.dielinke.berlin

Alternative für Deutschland (Landesverband Berlin)

Parteikürzel: AfD

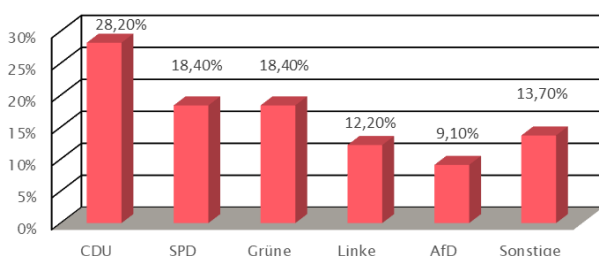
Internationale Mitgliedschaften: EP-Fraktion Identität und Demokratie

© www.afd.berlin

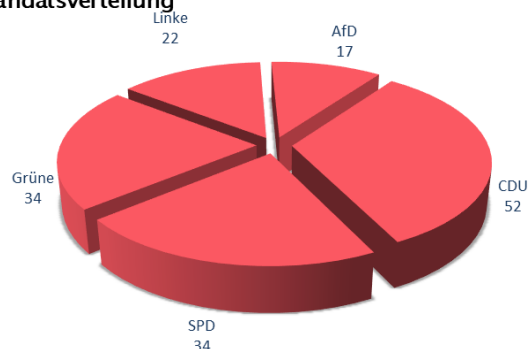
3. Politische Daten der Wahlen

Kommentar zu den letzten Wahlen: Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat im November 2022 entschieden, dass die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen vom September 2021 komplett wiederholt werden müssen. Aus der Wahlwiederholung am 12. Februar 2023 ging die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) mit zehn Prozent Vorsprung als Gewinnerin hervor, gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) mit 18,4 Prozent auf Platz zwei fast gleichauf mit Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) mit lediglich 53 Stimmen Vorsprung. Die CDU erreichte nach Auszählung aller Stimmbezirke 28,2 Prozent (+10,2 im Vergleich mit den Wahlen 09/2021) und landete vor der SPD, die auf 18,4 Prozent (-3) kam und damit in Berlin ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt erreichte. Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) gingen mit umgerechnet 34 gewonnenen Mandaten gleich stark aus den Wahlen hervor wie die SPD. Die Linke (Linke) erreichte mit 12,2 Prozent (-2) der Stimmen 22 Sitze, die Alternative für Deutschland (AfD) mit 9,1 (+1) Prozent 17 Sitze und die Freie Demokratische Partei (FDP) verpasste mit 4,6 Prozent knapp den Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus.

Stimmverteilung



Mandatsverteilung



© Die Grafiken wurden von WH International Services erstellt.

Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV)

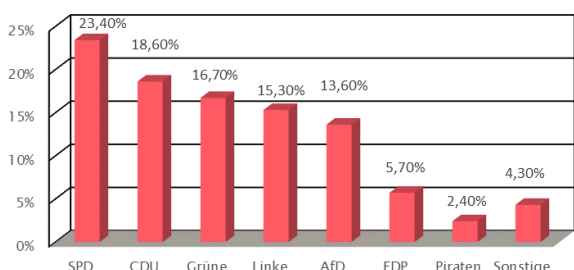
Termin der nächsten Wahlen: 20. September 2026

Termin der letzten Wahlen: 12. Februar 2023

Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung lag bei 63 Prozent.

Kommentar zu den letzten Wahlen: Die Entscheidung, wie Berlin regiert wird, ist abhängig von den neuen Machtverhältnissen in den Bezirken. Der Wahlerfolg der Berliner CDU setzt sich auch auf Bezirksebene fort. Ablesen lässt sich das vor allem an den Wechseln in den Bürgermeisterbüros: Reinickendorf (bisher SPD), Lichtenberg (bisher Linke), Marzahn-Hellersdorf (bisher SPD) und Spandau (ebenfalls bisher SPD) werden nun von der CDU regiert. Aber auch anderswo gab es Wechsel – ohne Beteiligung der CDU. In Pankow verlor die Linke den Posten des Bezirksbürgermeisters an die Grünen. In Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte konnten die Grünen ihre Mehrheiten trotz Verlusten verteidigen und stehen weiterhin an der Bezirksspitze. Trotz klarer CDU-Wahlsiege in Treptow-Köpenick bleibt dort dank Zählgemeinschaften im Bezirksparlament ein SPD-Mann Bürgermeister, ebenso in Neukölln. Das Bürgermeisteramt in Tempelhof-Schöneberg konnte trotz der dortigen CDU-Mehrheit in den Händen eines Grünen-Politikers bleiben. Das gilt auch für Charlottenburg-Wilmersdorf.

Stimmverteilung



© Die Grafik wurde von WH International Services erstellt.

Berlin-Ergebnisse der Bundestagswahl

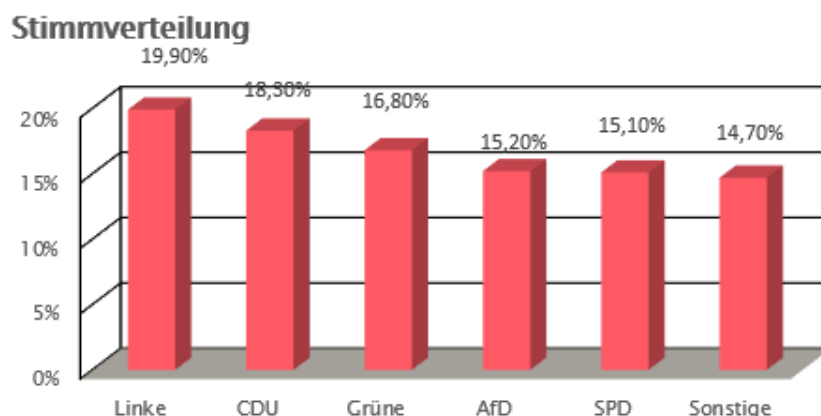
Termin der nächsten Wahlen: 2029

Termin der letzten Wahlen: Februar 2025 (Wahlen wurden vorgezogen nach der gescheiterten Vertrauensfrage des Bundeskanzlers)

Wahlbeteiligung: 2025 lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl laut Wahlergebnis bei 82,5 Prozent, die höchste Wahlbeteiligung in Deutschland seit der Wiedervereinigung.

Kommentar zu den letzten Wahlen: Bei der Bundestagswahl 2025 wurde DIE LINKE mit 19,9 Prozent der Zweitstimmen erstmals stärkste Kraft in Berlin. Die CDU folgte mit 18,3 Prozent, die Grünen erzielten 16,8 Prozent, die AfD kam auf 15,2 Prozent und die SPD fiel mit 15,1 Prozent auf ihr bislang schwächstes Ergebnis in der Hauptstadt zurück. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erreichte 6,6 Prozent, während die FDP mit 3,8 Prozent klar an der

Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Die Wahlbeteiligung lag bei hohen 80,3 Prozent. In den zwölf Berliner Wahlkreisen sicherte sich Die Linke vier Direktmandate, CDU und Grüne jeweils drei, AfD und SPD jeweils eines. Die Ergebnisse sorgten für lebhafte Debatten über die politische Neuausrichtung Berlins und deren Einfluss auf die Koalitionsbildung im Bund.



© Die Grafik wurde von WH International Services erstellt.

EU-Wahlen

Termin der nächsten Wahlen: 2029

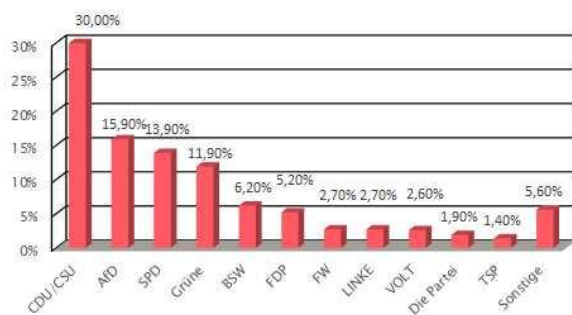
Termin der letzten Wahlen: 9. Juni 2024

Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung lag bei 64,80 Prozent.

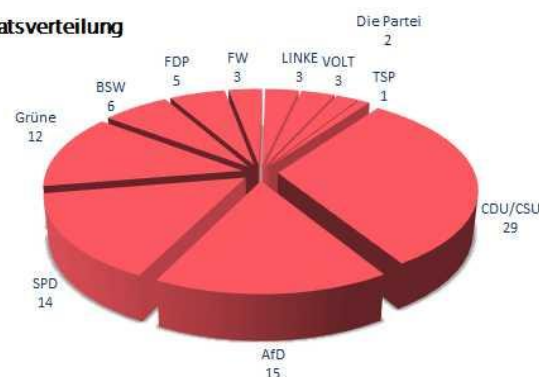
Kommentar zu den letzten Wahlen: Bei der Europawahl 2024 waren rund 360 Millionen Bürger*innen in den 27 EU-Staaten wahlberechtigt, darunter knapp 61 Millionen Deutsche. Es wurden 720 Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt, davon 96 aus Deutschland. Insgesamt traten in Deutschland 35 Parteien und politische Vereinigungen an, wovon 34 bundesweit aktiv waren. Erstmals durften auch 16- und 17-Jährige in Deutschland abstimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 65 Prozent und war somit etwas höher als 2019 (61,4 Prozent). Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU, Fraktion EVP) war mit 30,2 Prozent die stärkste Kraft, während die Parteien der Ampelkoalition (SPD, Grüne, FDP) Verluste hinnehmen mussten. Besonders stark traf es Bündnis 90/Die Grünen (Fraktion Grüne/EFA), die im Vergleich zur letzten Europawahl mehr als acht Prozentpunkte verloren und somit nur 11,9 Prozent der Stimmen erhielt. Die SPD (Fraktion S&D) erzielte mit etwa 14 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. Die FDP (Fraktion Renew Europe) kam auf 5,2 Prozent (2019: 5,4 Prozent). Die AfD (keine Fraktion) erzielte 15,9 Prozent und wurde somit zweitstärkste Kraft in Deutschland – in Ostdeutschland sogar die stärkste. Das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW, keine Fraktion) erreichte bei ihrer ersten Wahl 6,2 Prozent. Insgesamt werden 14 Parteien aus Deutschland im Europäischen Parlament vertreten sein, was das Parteienspektrum in Deutschland breiter macht als zuvor. Die Parteien außerhalb des Bundestags erreichten 28 Prozent, darunter die europafreundliche Kleinpartei Volt (Volt

Europa) mit drei Abgeordneten. Die Top-Themen des diesjährigen Wahlkampfs waren Migration, die Skandale um die Spitzenkandidaten der AfD Maximilian Krah und Peter Bystron, der Ukraine-Krieg, die Zukunft der EU und der Klimawandel.

Stimmverteilung



Mandatsverteilung



© Die Grafik wurde von WH International Services erstellt.

4. Mediendaten

Mediensituation

Die Medienlandschaft Berlins umfasst eine breite Palette von Fernsehsendern, Radiostationen, Verlagen, Filmfirmen, Musiklabels, Printmedien, Werbeagenturen, Pressediensten und Internetmedien.

Entwicklung seit 1989

Nach dem Mauerfall begann in Berlin ein Verteilungskampf um die Zeitungen, die bis zu dem Zeitpunkt noch unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gestanden hatten. Die Branche ging damals davon aus, dass die Leser*innen-Bedürfnisse in Ost und West sich rasch angleichen würden. Dementsprechend sahen West-Medien in Ost-Berlin großes Potenzial, um ihre Auflagenzahlen zu steigern. Dies stellte sich jedoch als Irrtum heraus, und bis heute zeichnet sich bei den Auflagenzahlen mancher Zeitungen noch so etwas wie eine Ost-West-Spaltung ab. Vor allem die Berliner Morgenpost und die Berliner Zeitung lieferten sich einen harten Konkurrenzkampf und versuchten, durch Investitionen in neue Konzepte, Preiskämpfe bei Kleinanzeigen und andere Marketingmaßnahmen ihre Stellung auf dem am dichtesten besetzten Zeitungsmarkt Europas auszubauen.

Die wichtigsten Tageszeitungen aktuell sind die Berliner Zeitung (BZ), der Tagesspiegel sowie die Berliner Morgenpost. Zu den weiteren in Berlin erscheinenden Abonnementzeitungen zählen Die Welt und einige von großen Verlagen unabhängige Blätter. Die Tageszeitung (taz) ist ein solches Beispiel. Darüber hinaus werden in Berlin verschiedene politische und kulturelle Wochenzeitungen verlegt wie der Freitag. Die Boulevardzeitungen B.Z. und der Berliner Kurier werden überwiegend am Kiosk verkauft; genauso wie die Bild. Das seit 1952 im Axel-

Springer-Verlag erscheinende Boulevardblatt mit Hauptsitz in Berlin ist die auflagenstärkste Tageszeitung Deutschlands.

Die meisten deutschen Zeitungen mussten in den vergangenen Jahrzehnten starke Auflagenverluste verzeichnen. Im Jahr 2024 lag die durchschnittlich verkaufte Auflage deutscher Tages- und Sonntagszeitungen pro Erscheinungstag im vierten Quartal bei rund 10,7 Millionen Exemplaren. Ein Jahr zuvor, 2023, waren es pro Erscheinungstag im vierten Quartal immerhin noch 11,5 Millionen Exemplare. Zum Vergleich: Im Jahr 1995 betrug die verkaufte Auflage der Tages- und Sonntagszeitungen noch rund 30,2 Millionen Exemplare. Durch die sinkenden Auflagen- und Stückzahlen fielen die Umsätze der Tageszeitungen bis 2024 auf einen neuen Tiefstand von rund 6,11 Milliarden Euro Umsatz. Für die Zukunft ist keine Besserung in Sicht: So prognostiziert PricewaterhouseCoopers (PwC) bis zum Jahr 2027 einen weiteren Umsatzrückgang.

Rundfunkgebühren

Im Jahr 2023 betrug der Gesamtertrag des Rundfunkbeitrags in Deutschland rund 9,02 Milliarden Euro. Zum Vergleich: 2022 hatte der Gesamtertrag noch bei 8,57 Milliarden Euro gelegen. Der Rundfunkbeitrag wird vom sogenannten Beitragsservice, einer Gemeinschaftseinrichtung von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit Sitz in Köln, erhoben. Er ging im Jänner 2013 aus der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) hervor, die im Jahr 1973 gegründet wurde und bis Ende 2012 für den Einzug der Rundfunkgebühr zuständig war. Seit 1. Jänner 2013 wird der Beitrag geräteunabhängig nach Haushalten erhoben. Die eingezogenen Gelder werden an die Landesrundfunkanstalten von ARD, ZDF und Deutschlandradio sowie an die Landesmedienanstalten weitergeleitet. Seit August 2021 beträgt der in Deutschland monatlich zu entrichtende Rundfunkbeitrag 18,36 Euro. Im Vergleich dazu lag dieser (in Euro umgerechnet) im Jahr 1954 bei insgesamt 3,58 Euro (zusammengesetzt aus Fernseh- und Hörfunkgebühr).

Quellen:

Statista – Online-Portal für Statistik (de.statista.com)

Deutschland-Portal (www.deutschland.de)

Die Berliner Pressekonferenz (www.berliner-pressekonferenz.de)

5. Wirtschaftsdaten Berlin

Wirtschaftseckdaten

	2023	2024	2025
Eckdaten			

Regionales BIP (Mio. EUR)	197.924	207.058	218.288
Regionales BIP pro Kopf (EUR)	51.209	54.607	57.500
Wirtschaftswachstum real in % des BIP	1,6	0,8	1,1
Arbeitslosigkeit in %	9,1	9,7	10,3
Inflation in %	6,2	1,6	1,9
Budget			
Budgetierte Einnahmen (Mio. EUR)	37.908	39.281	40.600
Budgetierte Ausgaben (Mio. EUR)	37.908	39.281	40.600
Budgetüberschuss/Defizit (+/-) (Mio. EUR)	0	0	0
Handel/Investitionen			
Export (Mio. EUR)	16.700	17.200	18.200
Import (Mio. EUR)	20.100	20.200	21.900
Exportquote in % des BIP	8,43	8,3	8,3

Quellen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berliner Landesregierung

Aktueller Überblick

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Bruttoinlandsprodukt von Berlin im Jahr 2024 betrug 218,3 Milliarden Euro. Nominal bedeutet dies einen Zuwachs von 5,4 Prozent. Dieser ist allerdings hauptsächlich durch den Preisanstieg bedingt, das reale (preisbereinigte) BIP wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent. Damit entwickelte sich das preisbereinigte BIP von Berlin trotzdem deutlich besser als das deutsche Bruttoinlandsprodukt, welches sich 2025 nur um 0,2 Prozent erhöhte.

Konjunkturmotor war der Dienstleistungssektor mit einem Wachstum von real 5,1 Prozent. Besonders stark wuchs der Bereich IKT mit 9,9 Prozent. Damit profitiert Berlin weiterhin von seiner Rolle als Digital- und Wissensmetropole. Aber auch andere Bereiche wie das Wohnungswesen konnten zulegen. Der Einzelhandel konnte vor allem infolge eines wieder stärkeren Onlinehandels etwas wachsen, wobei im Gastgewerbe die realen Umsätze aber nicht das Niveau des Vorjahres erreichten. Dies ist eine Folge der Flaute im Berlin-Tourismus, der den Aufwärtstrend in den Jahren nach der Pandemie nicht ganz halten konnte. Insgesamt wurden in der Hauptstadt 2025 rund 29,44 Millionen Übernachtungen verzeichnet und somit 3,8 Prozent weniger als ein Jahr davor. Die Industrie blieb 2025 stabil, aber ohne starke Dynamik. Sie ist weiterhin konjunkturell anfällig, wird aber durch Diversifizierung (Pharma,

Elektronik, Forschung) stabilisiert. Die Exporte entwickelten sich leicht positiv und stiegen von 17,2 auf 18,2 Milliarden Euro. Das Baugewerbe blieb 2025 zunächst schwach, zeigte aber im Verlauf des Jahres Auftragszuwächse und eine Trendwende bei Baugenehmigungen. Trotz schwieriger Zinslage stabilisiert sich der Sektor langsam. Die Prognose der Investitionsbank Berlin (IBB) für 2026 geht von einem Wachstum des Berliner BIP um 1,5 Prozent aus. Risiken sind die Energiepreise, geopolitische Konflikte und die schwache deutsche Gesamtwirtschaft. Chancen bieten neue Investitionsinitiativen, Digitalisierung, Forschung und Start-ups. Die Gesamtbewertung geht davon aus, dass Berlin 2026 ein überdurchschnittlich wachsender Wirtschaftsstandort mit hoher struktureller Resilienz bleibt.

Die Stadtfinanzen sind angespannt. Denn die Budgetausgaben steigen stetig und sollen weiter steigen – von 40,6 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf rund 45 Milliarden Euro im Jahr 2027. Allerdings wachsen auch die vom Stadthaushalt finanzierten Investitionen – von 4,7 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 6,3 Milliarden Euro im Jahr 2027. Damit erreicht die Investitionsquote einen Höchstwert von über 13 Prozent. Das Budget ist defizitär und wird neben Einnahmen aus Rücklagen auch durch eine jährliche Neuverschuldung von jeweils knapp vier Milliarden Euro in den Jahren 2026 und 2027 gedeckt. Die Gesamtverschuldung erreichte Ende 2025 bereits 66,4 Milliarden Euro und soll bis Ende 2027 auf rund 75 Milliarden Euro steigen.

Investitionen

Berlin verzeichnete über einen langen Zeitraum hinweg einen Rückstau bei den Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Das hat sich nach 2017 gewandelt. Die Investitionen wurden deutlich erhöht und auch während der Pandemie wurde ein hohes Investitionsniveau aufrechterhalten. In den Jahren 2024 und 2025 fließen weitere 7,7 Milliarden Euro an Investitionen aus dem Stadtbudget. Danach wird erwartet, dass die Rücklagen aufgebraucht sein werden. Berlin beabsichtigt aber, durch Umschichtung, Priorisierung und neue Finanzierungsinstrumente (wie die Nachhaltigkeitsanleihe) die Investitionsquote auch künftig auf einem hohen Niveau zu halten. Die Schwerpunktbereiche dabei sind: Bildung und Schulen, Verkehr und Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung, Klimaschutz und Umwelt sowie Digitalisierung und Verwaltung.

Quellen:

Berliner Landesregierung (www.berlin.de)

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (www.statistik-berlin-brandenburg.de)

Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de)

Statistisches Bundesamt: (www.destatis.de)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (www.bmwi.de)

6. Kooperationen und Interessensschwerpunkte

Kooperationsabkommen

Im November 2017 unterzeichneten die Wirtschaftsagentur Wien und die Berliner Ansiedlungsagentur Berlin Partner ein Kooperationsabkommen im Bereich Start-up-Zusammenarbeit.

Kooperationsabkommen zwischen Wirtschaftsagentur Wien und Berlin Partner

Unterzeichnung: 22. November 2017, Wien

Unterzeichnende: Gerhard Hirzci, Geschäftsführer Wirtschaftsagentur Wien, und Stefan Franzke, Geschäftsführer Berlin Partner. In Anwesenheit von Bürgermeister a.D. Michael Häupl und dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller.

Laufzeit: Unbefristet

Interessensschwerpunkt

- Start-up-Kooperation

Erwünschte Zusammenarbeit in den Bereichen

- Smart City
- Direkte Demokratie/Partizipation
- Zusammenarbeit auf europäischer Ebene
- Klimaschutz/Nachhaltigkeit
- Wirtschaftsstandort